

Das preußische Unionsprojekt und die Katholiken Preußens (1849–1850)

In den Tagen vom 23. bis 27. März 1849 beendete die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt in überhasteter Eile ihr Verfassungswerk. Sie verwies die nichtdeutschen Teile der habsburgischen Monarchie — und damit tatsächlich den ganzen Kaiserstaat — aus dem neuen Reich und entschied sich für ein erbliches Kaisertum. Am 28. März wurde der preußische König Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen bei 248 Enthaltungen zum Kaiser der Deutschen erwählt.

Draußen jubelten die Glocken und donnerten die Geschütze. Drinnen in der Paulskirche aber hat wohl mancher von den Erbkaiserlichen sich die bange Frage vorgelegt, ob es auch gelingen werde, die beschlossene Reichsverfassung zur Ausführung zu bringen. Als die Abgeordneten der kleindeutschen Partei freudig Jos. Maria v. Radowitz, der mit ihnen gestimmt hatte, umringten und ihm zuriefen: „Unser Kaiser“, erhob er den Finger und antwortete ernst: „Führt ihn durch!“¹ Auf jeden Fall waren die schwersten Konflikte zu besorgen. Denn daß Österreich sich durch den Beschluß einer knappen Mehrheit aus Deutschland herausstimmen lasse, war nicht zu erwarten. Vorläufig waren zwar seine Kräfte durch die Lage in Ungarn und Italien noch gebunden. Trotzdem erhob die österreichische Regierung schon am 5. April schärfsten Protest gegen das Vorgehen der Paulskirche und befahl den Abgeordneten der kaiserlichen Staaten, „sofort in ihre Heimat zurückzukehren“.

Zwei Tage zuvor hatte Friedrich Wilhelm IV. die Gesandtschaft der Nationalversammlung, die ihm den Beschluß über seine Wahl eröffnen sollte, abschlägig beschieden. Der Hohenzoller mit seinem ausgeprägten Gefühl für Gottesgnadentum hätte seine ganze Vergangenheit verleugnen müssen, wenn er aus der Hand des Volkes die Kaiserwürde angenommen hätte. Ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der deutschen Fürsten und freien Städte, so erklärte er, könne er nicht zugreifen; an diesen sei es nun, über die Verfassung weiter zu beraten.

Noch deutlicher kam dieser Gedanke in einer Zirkulardepesche vom gleichen 3. April an die preußischen Vertreter in Deutschland zum Ausdruck; nur im Zusammenwirken mit den Regierungen werde der preußische König die Leitung eines deutschen Bundesstaates übernehmen. Die Staaten wurden aufgefordert, Erklärungen hierüber abzugeben.

Die Nationalversammlung, deren Verfassungswerk durch Österreichs und Preußens Stellungnahme schon schwer erschüttert war, ließ sich aber nicht irre machen. Sie beharrte unentwegt bei der Verfassung und forderte, während die gemäßigten Teilnehmer sie zu verlassen begannen, immer entschiedener die Anerkennung durch die Staaten. Rückhalt fand sie an der Volksstimmung. Achtundzwanzig Kleinstaaten und bald darauf als neunundzwanzigster das Königreich Württemberg sahen sich zur Unterwerfung unter ihre

¹ F. Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (Berlin 1913) 215.

Beschlüsse gezwungen. Auch in den Mittelstaaten und in Preußen garte es heftig. Als am 19. April das preußische Abgeordnetenhaus die Frankfurter Verfassung als rechtsgültig erklärte und am 25. April die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin forderte, wurde es am 27. April aufgelöst. Am 28. April erging nun die endgültige Absage Preußens nach Frankfurt. Am gleichen Tag versprach Friedrich Wilhelm IV. den deutschen Regierungen militärische Hilfe, wenn „durch ein starres Festhalten der Versammlung an ihren bisherigen Beschlüssen gefährliche Krisen hervorgerufen werden könnten“.

Diese Krisen begannen alsbald. Am Rhein und in Schlesien wurden Barrikaden aufgeworfen; in Sachsen, Baden und in der Pfalz flammte blutigrot der Bürgerkrieg empor.

In diesem Augenblick grenzenloser Verwirrung trat Preußen mit seinem Unionsprojekt hervor. Es war der Versuch, die jäh sich verstärkenden Gegensätze zu versöhnen, die neue und die alte Zeit, Klein- und Großdeutschland, Parlament und Monarchie, zu verbinden und dadurch innerlich die Revolution zu überwinden. Vater des Projekts war Radowig, der am 22. April telegraphisch nach Berlin berufen wurde. Viel ist über die Bedeutung dieses Mannes gestritten worden. Heute dürfte es kaum mehr bezweifelt werden, daß er nicht wenige treffliche Eigenschaften zum Staatsmann mitbrachte; gerade für diesen Augenblick schien er zur Leitung wie vorherbestimmt. Als Militär besaß er Klarheit und Ruhe genug, um die Lage nüchtern abzuwägen und mit ziemlicher Sicherheit zu beurteilen, und dabei hatte er ein feines Gefühl für die hohe Stimmung der Zeit, die in ihm selber mitschwang. Er war ein Freund des Königs und doch zugleich bei der Nationalversammlung wegen seines untadeligen Charakters hochgeachtet. Oft hatte er mit seinem Wort und Blick die Männer der Paulskirche in seinen Bann geschlagen. Er war Preuze und doch zugleich Deutscher und Mensch, überzeugter Katholik und doch bekannt als Feind des Überschwangs und jedes Übertragens des Religiösen in den politischen Bereich. Zu seiner tiefreligiös begründeten konservativen Weltanschauung hatte er in der Paulskirche die Bedürfnisse einer neuen Zeit und die weitgehende Berechtigung der Freiheits- und Einheitswünsche der Nation verstehen gelernt. Kurz, er vereinigte in seiner Person die ganzen Regungen der Zeit und hielt sich gleich weit von den extremen Strömungen. Er selber hat dem in jenen Tagen Ausdruck verliehen. In seinem Diarium schreibt er zum 8. Mai 1849: „Nichts wird mir schwerer hier, als den König und die ganze gleichgesinnte Partei zu der Erkenntnis zu bringen, daß in den deutsch-unitarischen Strebungen ein wahrer, gesunder Kern enthalten ist, und daß man unrecht und unweise handelt, wenn man diesen mächtigen und zahlreichen Bestandteil der jetzigen Bewegung leugnet oder verdächtigt. Meine Lage ist hier sehr sonderbar; in Frankfurt galt ich als partikularer Reaktionär und in Berlin als deutschtümelnder Unitarier, in Frankfurt als Helfer Österreichs und der ultramontanen Opposition und hier als Feind Österreichs. Ich werde diesem Mißverständnis meiner Gedanken und Handlungen nie vorbeugen können; sie liegen in der Besonderheit meiner ganzen innern und äußern Lebensführung.“¹

¹ Walter Möring, Josef v. Radowig. Nachgelassene Briefe und Aufzeichnungen (Stuttgart 1922) 94.

Bismarck, damals der lauteste Wortführer der preußisch-partikularistischen Fronde in Berlin, hat noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ sehr abfällig, um nicht zu sagen gehässig, über den Staatsmann Radowicz geurteilt: „Unbeantwortet ist die Frage geblieben, ob der Einfluß des Generals v. Radowicz aus katholisierenden Gründen in einer auf den König wirksamen Gestalt verwendet worden ist, um das evangelische Preußen an der Wahrnehmung der günstigen Gelegenheit zu hindern und den König über dieselbe hinwegzutäuschen. Ich weiß heute noch nicht, ob er ein katholisierender Gegner Preußens war, oder nur bestrebt, seine Stellung bei dem König zu erhalten. Gewiß ist, daß er den geschickten Garderobier der mittelalterlichen Phantasie des Königs machte und dazu beitrug, daß der König über historische Formfragen und reichsgeschichtliche Erinnerungen die Gelegenheit zu praktischem Eingreifen in die Entwicklung der Gegenwart veräumte.“¹

An diesen aus tiefer wesenhafter Verschiedenheit und bitterster Abneigung heraus geschriebenen Sätzen ist nur das richtig, daß dem ehemaligen preußischen Offizier und noch mehr seinem königlichen Herrn, dem er wohl mit allzu großer Ehrfurcht diente, die Zähigkeit und rücksichtslose Energie fehlten, um in solcher Zeit sich durchzusetzen. Es waren nicht bloß die tief ethische und idealistische Bewertung vom politischen Handeln und sein Optimismus in der Beurteilung der Menschen und insbesondere des deutschen Menschen, die Radowicz hinderten, bedenkenlos alle Mittel einzusetzen und jede günstige Lage auszunützen. Meinecke weist in seiner viel gelesenen Lebensbeschreibung des Generals mit der ihm eignenden feinen Einfühlung darauf hin, wie ihm auch der frohe Tatendrang und der kühne Wagemut aus dem Glauben an seine Sache abgingen, ohne die man sich einen großen Staatsmann nur schwer vorstellen kann². Die Berichte an seine Gattin aus dieser Zeit, die inzwischen veröffentlicht wurden, zeigen oft, mit welchen Hemmungen und Bedenken dieser sonst so reiche Geist an die Ausführung seiner Pläne herantrat.

Übrigens darf man auch nicht übersehen, daß in der Gesinnungspolitik, die Radowicz bewußt übte, starke werbende Kräfte lagen und zwar nicht bloß für die Zukunft, sondern auch gerade für diese Zeit, wo alles von den höchsten Prinzipien widerhallte. Auch darauf hat Meinecke schon hingewiesen.

Der Verfassungsplan, den Radowicz, der ohne verantwortliches Amt, doch der tatsächliche Leiter der preußischen Politik jetzt wurde, vorlegte, schloß sich weithin an das Verfassungswerk der Paulskirche an. In der Lösung der deutschen Frage folgte Radowicz ebenfalls Gedanken anderer, namentlich denen Heinrichs v. Gagern. Preußen konnte ohne Bruch mit seiner bisherigen Politik diese Ideen aufnehmen, weil es in den Zirkulardepeschen vom 3. und 28. April verwandte Vorschläge den deutschen Staaten bereits unterbreitet hatte.

Nach dem Radowicz'schen Plan sollten die außerösterreichischen deutschen Lande zu einem Bundesstaat vereinigt werden. Der Beitritt sollte aber völlig freistehen; man hoffte nicht ohne Grund, daß ihre bedrohliche Lage und der Druck der öffentlichen Meinung alle Staaten zur Teilnahme veranlassen müsse. Statt eines erblichen Kaisertums, wie es die Frankfurter Verfassung vorgesehen hatte, sollte ein Direktorium, das die Fürsten zu stellen

¹ Ausgabe Stuttgart 1898, S. 64 f.

² A. a. O. 257 ff.

hatten, an die Spitze des Bundes treten. Für die Gesetzgebung sollte mit ihm zusammen der Reichstag zuständig sein, der aber nicht mehr aus geheimen, allgemeinen, direkten Wahlen hervorzugehen hatte, sondern indirekt und nach dem Klassensystem zu wählen war. Die Wahlmänner hätten in öffentlicher Abstimmung die Abgeordneten zu bestimmen gehabt. Dem preußischen König war eine erbliche Reichsvorstandschafft zugebracht, die wesentlich in der Exekutive und einem beschränkten Veto zu bestehen hatte.

Der deutsche Bundesstaat sollte mit der habsburgischen Gesamtmonarchie einen völkerrechtlichen, unauflöslichen weiteren Bund eingehen, dessen hauptsächlichste Aufgabe gemeinsames Handeln nach außen in der Vertretung politischer und wirtschaftlicher Belange sein sollte. Verhandlungen waren in Aussicht genommen, um in dem ganzen Bundesgebiet möglichste Einheit im Verkehr und in der Wirtschaft einzuführen. Die Bundesleitung sollte einem ständigen Direktorium unter österreichischem Vorsitz obliegen; zu dieser Zentralbehörde hatte Österreich und der Bundesstaat je zwei Vertreter zu ernennen. Die Grundidee der Union hat Radowitz selbst in seiner glänzenden „Denkschrift in betreff der Politik Preußens in der deutschen Frage“ vom 12. Juni 1849 so formuliert: „Außerlich möge der Bund vielleicht als ein bloßer völkerrechtlicher Verein erscheinen, seinem Wesen nach stelle er aber eine darüber hinausliegende weit innigere Verbindung dar. Oberstes Prinzip dabei ist: Gegen das Ausland ist die Union ein s, nach innen sind es zwei Körper, die ihre eigenen Entwicklungswege gehen, zugleich aber möglichst Gemeinschaft durch freiwillige Vereinbarung anstreben.“¹

Das war das preußische Unionsprojekt. Wir Heutigen, die wir die spätere Entwicklung Deutschlands und Österreichs kennen, bedürfen keiner langen Ausführungen, um die ganze Weite dieses Aufrisses zu verstehen. Nur mit dem Gefühl von Wehmut kann man daran denken, daß er unausgeführt blieb, und man kann Michael Döberl, dem hochverdienten bayrischen Historiker, dem gewiß niemand tiefes Verständnis für die Notwendigkeit des deutschen Einzelstaates und den Anschluß Österreichs bestreiten wird, nur zustimmen, wenn er noch in einem seiner jüngsten Werke urteilt: „Wenn das preußische Unionsprojekt gelang, dann wurde mit einem Schlag und auf friedlichem Wege das verwirklicht, was zu einer Hälfte durch die späteren Einigungskriege erreicht worden ist, zur andern Hälfte während des abgelaufenen Weltkrieges von vielen ersehnt wurde: die Aufrichtung eines deutschen Bundesstaates ohne Österreich, eines unauflöslichen mitteleuropäischen Staatenbundes mit Österreich, eines mitteleuropäischen Mittelreiches. Und damit eröffneten sich Perspektiven für die Verwirklichung von Gedanken, denen im Interesse der deutschen Selbstbehauptung gegenüber einer politischen und wirtschaftlichen Weltgegnerschaft vorher wie nachher nicht die schlechtesten deutschen Männer nachgegangen, denen für die Dauer auch Bismarck nicht fern geblieben ist. Solange die beiden deutschen Großstaaten, der habsburgische und der hohenzollerische, mit den beiderseitigen Dynastien bestanden, war das vielleicht die verheißungsvollste Lösung der deutschen Frage.“²

¹ Möring a. a. D. 117.

² M. Döberl, Bayern und das preußische Unionsprojekt (München 1926) 4 f.

Ganz aussichtslos war das Projekt im Mai 1849 keineswegs. Die Not der meisten deutschen Staaten war groß. Von Österreich war Hilfe nicht zu erhoffen. So war man auf Preußen angewiesen, dessen Heer eben noch in Dresden rasch Ordnung geschaffen hatte. Wenn der Unionsplan scheiterte, so lag das einmal an den berührten Mängeln der Leiter der preußischen Politik, dann aber auch an andern Umständen, namentlich dreien: der Überspannung des Selbständigkeitstriebes der deutschen Dynastien und Staaten — Radowitz nannte das selber die „Souveränitätssucht der Einzelstaaten“ —, dem tiefeingewurzelten Mißtrauen gegen Preußen und an dem aus Geschichte und Politik begreiflichen Widerstreben Österreichs, die unmittelbare Verbindung mit den deutschen Staaten preiszugeben. Österreich war von Anfang an gegen den preußischen Plan, aber mit einem schroffen Nein hielt der kluge Schwarzenberg, der Leiter der österreichischen Politik, jetzt, wo er noch im Kampf gegen die aufständischen Ungarn begriffen war, wohlweislich zurück; für ihn drehte sich alles darum, Preußen hinzuhalten und die Mittelstaaten für seine Zwecke vorzuschieben¹. So kam eigentlich alles auf die Haltung Bayerns an. Wenn Bayern, der stärkste der deutschen Mittelstaaten, sich für die Union erklärte, so war sie verwirklicht; denn des deutschen Nordens war Preußen gewiß. Und für den Anschluß Bayerns sprachen gewichtige Gründe; nicht bloß kam Radowitz den bayrischen Wünschen bis zur äußersten Grenze entgegen, die gefährlichen Unruhen in der Pfalz und Franken machten preußische Waffenhilfe auch äußerst wünschenswert. Aber auf der andern Seite war wohl in keinem deutschen Lande bei Dynastie und Bevölkerung der Sinn für Eigenständigkeit und die Abneigung gegen Preußen stärker ausgeprägt als in Bayern, und an der Spitze des Staates standen der ängstlich auf seine Souveränität bedachte Maximilian II. und seit dem 18. April 1849 als sein leitender Minister der willensstarke, österreichfreundliche und streng föderalistische Ludwig von der Pfordten, trotz eines Einschlags von Bureaucratismus einer der bedeutendsten Staatsmänner Deutschlands in dieser Zeit.

Bayern nahm an den Konferenzen, zu denen Preußen für den 17. Mai nach Berlin eingeladen hatte, teil. Als Grundlage für die Verhandlungen diente die von Radowitz überarbeitete Frankfurter Verfassung. Hannover und Sachsen schlossen sich, mehr von der Not gedrängt als aus freiem Entschluß, den preußischen Vorschlägen unter Vorbehalten an; so kam das sog. Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849 zustande.

Bayern aber band sich nicht und wich aus, als Preußen drängte. In einer geheimen Instruktion erhielt der bayrische Vertreter damals schon die Anweisung: „Es wäre vergeblich gewesen, sich vor der Frankfurter Unterjochung zu retten, wenn man sich jetzt schlechthin Berlin unterwerfen wollte. Wir müssen beiden Gefahren entgehen und sind fest entschlossen, das Äußerste zu wagen.“² Von der Pfordten ermahnte den Berliner Gesandten dringend, selbst den Schein einer Nachgiebigkeit zu vermeiden. Als Preußen das Dreikönigsbündnis veröffentlichte, hielt der Minister am 4. Juni in der Kammer der Abgeordneten

¹ Zum Folgenden vgl. vor allem: Alfr. Stern, Geschichte Europas vom Jahre 1840 bis 1871 I (Stuttgart 1916) 395 ff.; Döberl a. a. D. 11 ff. und Meinecke a. a. D. 265 ff.

² Döberl a. a. D. 19.

seine berühmte Rede über die deutsche Einigung, indem er die preußischen Pläne unter scharfer Kritik vor allem wegen des Verhältnisses zu Österreich rundweg ablehnte. In glänzender Rhetorik suchte er die Bedeutung Österreichs für die wirtschaftliche und völkische Entwicklung des Deutschthums darzutun, um die Nothwendigkeit des Verbleibens Österreichs bei Deutschland nachzuweisen. Trennung beider sei der Untergang beider. „In diesem neuen Österreich“, so führte er aus, „bilden die Deutschen die Minderheit. Sie werden dem Geseze der Natur, daß mehr und mehr die Mehrzahl über die Minderzahl den Sieg davonträgt, nicht entgehen. Österreich wird ein slawischer Staat werden. Der weltgeschichtliche Boden des germanischen Stammes wird um ganz Österreich gemindert werden. Dieses Kleindeutschland ohne Österreich kann sich nicht halten, es wird über kurz oder lang den drei Reichen, die es umklammern, Rußland, Frankreich und dem slawischen Österreich zur Beute werden.“¹

So manches Berechtigte diese Ausführungen, die übrigens in der Publizistik der Großdeutschen wiederholt vorkommen, enthielten, es war doch wohl übersehen, daß der Prozeß der Rückdrängung der Deutschen in Österreich längst im Gange war. Er hatte begonnen mit den schweren Verlusten des österreichischen Deutschthums durch die schlesischen Kriege, und auf dem Wiener Kongreß war die Wiedergutmachung versäumt worden. Auch verschwieg von der Pfordten, daß in der Zeit des erwachenden Nationalbewußtseins jeder Vorstoß des Deutschthums einen Gegenstoß hervorrufen mußte. Die Zeit großer Kolonisation im Osten war darum vorüber.

Es waren heroische Wendungen, wenn der Minister ausrief: „Mit allen Fasern des Herzens wollen wir uns an Österreich klammern und es zwingen, daß es deutsch bleibe und deutscher werde, als es bisher war.“ Dem Deutschthum in Österreich war nur dadurch zu helfen, daß Habsburg wirklichen, unmittelbaren Einfluß in Deutschland gewann, mit nackten Worten, wenn es die Führung — und zwar die tatsächliche Führung in Deutschland erhielt. Aber das scheiterte wieder an der nun einmal Tatsache gewordenen Stellung Preußens, und das hätten wohl auch die Mittelstaaten selbst nicht gewollt. Gerade in dieser Rede betonte der bayrische Minister, daß zur Erhaltung der Selbständigkeit seines Staates die Rivalität der beiden deutschen Großmächte dienlich sei; und damit begründete er auch seine Ablehnung des Radowigischen Planes. Ein Bundesstaat mit nur einer Großmacht, so legte er dar, sei für die Mittelstaaten der Anfang vom Ende. Die vielgerühmte Rede von der Pfordtens zeigte im Grunde die ganze hilflose Lage des deutschen Volkes, sie rührte an unzweifelhafte Schwächen des Unionsprojektes, aber bot selbst keine bessere Lösung.

Mit der Entscheidung Bayerns hatte die preußische Politik einen schweren Stoß erlitten. Doch gab man in Berlin die Hoffnung nicht ganz auf, Bayern vielleicht noch zu gewinnen. Ende Juni traf von der Pfordten in der preußischen Hauptstadt ein, nachdem er zuvor in Wien mit Schwarzenberg verhandelt und des österreichischen Beistandes versichert worden war. Seine Bemühungen um einen Ausgleich der beiden Großmächte scheiterten; aber auch Radowigens

¹ Döberl a. a. D. 21.

Stimmen der Zeit. 118. 5.

fortgesetztes Werben um Bayern blieb umsonst. Eine Sinnesänderung wurde immer unwahrscheinlicher, weil Bayerns Lage durch die Unterdrückung der Unruhen in der Pfalz (13.—18. Juni) sich wesentlich gebessert hatte, und auch Österreich seit Mitte Juni in Ungarn rasche Fortschritte machte und immer aktiver in die deutsche Politik eingriff. Reibungen von beiden Seiten taten ein übriges. Als Preußen am 28. August endlich eine kurzfristige Entscheidung über Bayerns Zutritt zum Dreikönigsbunde verlangte, lehnte von der Pforden am 8. September bestimmt ab. Bayern wußte damals, daß auch Hannover und Sachsen vor der Aufgabe des Bündnisses standen, und fühlte sich an der Seite des entschlossenen Schwarzenberg und gegenüber dem unentschiedenen Preußenkönig jetzt vollkommen sicher.

Das war, wie Döberl mit Recht feststellt, das Ende des Radowigischen Unionsprojektes. Was noch folgte: die langen Verhandlungen Preußens mit dem von Rußland und den altpreußischen Konservativen unterstützten Block Österreichs und der deutschen Mittelstaaten war trotz aller großer Besten ein ständiges Zurückweichen Preußens, ein Verlassen einer Stellung nach der andern bis zur Kapitulation von Olmütz, die genau ein Jahr später (29. September 1850) erfolgte und der endgültige Verzicht auf den Plan eines deutschen Bundesstaates war.

Wie die kirchlich gesinnten Katholiken Preußens in ihrer überwältigenden Mehrheit — wenigstens im Westen der preußischen Monarchie¹ — die Frankfurter Verfassung und die Wahl des preußischen Königs zum Erbkaiser verwarfen, so nahmen sie auch Stellung gegen das Unionsprojekt mit seinem kleindeutschen Bundesstaat. Sie waren und blieben großdeutsch. Die bedeutenderen katholischen Zeitungen, die fast radikal-liberale Koblenzer „Rhein- und Moselzeitung“ und die weitverbreitete „Rheinische Volkshalle“ wie ihre Nachfolgerin die konservative „Deutsche Volkshalle“ in Köln vertraten mit aller Entschiedenheit den großdeutschen Standpunkt².

Der „Rhein- und Moselzeitung“ machte 1849 der Oberpräsident Eichmann den Vorwurf, daß sie unter der schwarzgelben und ultramontanen Fahne fechte, und daß bei ihr von Anhänglichkeit an das Gouvernement keine Rede sein könne³.

In der programmatischen Ankündigung der „Deutschen Volkshalle“ vom 14. September 1849 hieß es: „Die ‚Deutsche Volkshalle‘ wird mit verdoppeltem Eifer und verjüngten Kräften das große Ziel erstreben, welches im vorigen Jahre allen deutschen Stämmen vorschwebte: ein einiges, großes und mächtiges Deutschland. Sie wird ihre Stimme nur für das ganze Vaterland erheben, gegen jede Teilung und Ausscheidung, von welcher Seite sie auch kommen mag, ankämpfen und die Bestrebungen aufs kräftigste unterstützen, die dem deutschen Volke für die vielen Opfer und Leiden endlich den Sieg der Einheit und Freiheit bringen wird.“ Seitdem Professor Hermann

¹ Nur in Schlessen gab es zahlreichere Anhänger der kleindeutschen Politik unter den Katholiken; vgl. Jos. Bachem von Karl Bachem II (Köln 1912) 73 Anm.

² Zum Folgenden vgl. Bachem a. a. O. 125 ff.

³ Vgl. F. Mundmeier, Die Rhein- und Moselzeitung (Studien zur rhein. Geschichte 4. Heft) (Bonn 1912) 111. Leider bringt der Verfasser keine Einzelheiten über die Stellung des Blattes gegenüber dem Unionsprojekt.

Müller¹, der als Mitglied der Nationalversammlung zur großdeutschen Partei gehört hatte, und sofort beim ersten Aufblitzen des Unionsprojektes scharf dagegen sich ausgesprochen hatte², die Leitung des Blattes am 15. November 1849 übernommen hatte, wurde der Kampf gegen den „norddeutschen Sonderbund“ nur noch entschiedener geführt. Müller, ein geist- und gedankenreicher und stilgewandter Schriftsteller, wurde bei seiner Arbeit durch Mitteilungen von österreichischer amtlicher Seite unterstützt³. Am 30. November 1850 erfolgte seine erste Ausweisung aus Preußen, am 12. August 1852 seine endgültige Vertreibung aus seiner rheinischen Heimat. Seite an Seite mit Müller focht in der „Volkschalle“ für das größere Deutschland eine ganze Reihe bedeutender Persönlichkeiten, wie August Reichensperger und der aus den hermesianischen Wirren bekannte frühere Bonner Theologieprofessor Joh. Wilh. Joseph Braun, der wie Müller Mitglied der Nationalversammlung gewesen und auch jetzt wieder als Abgeordneter für das von dem kleindeutschen Bundesstaat nach Erfurt berufene Parlament gewählt worden war⁴. 1849 erschien von ihm ein vortrefflich geschriebener Rechenschaftsbericht über seine Haltung in Frankfurt, in dem er in seiner volkstümlichen und doch so gründlich-klugen Art die deutsche Einheitsfrage behandelte. Es finden sich da ähnliche Gedanken, wie sie von dem bayrischen Minister von der Pfordten am 4. Juni 1849 vorgetragen wurden⁵. Wie sehr die Stellungnahme der „Volkschalle“ den Anschauungen der katholischen Bevölkerung entsprach, zeigte sich, als die Wahlen zum Erfurter Parlament ausgeschrieben wurden. In den katholischen Gegenden wollte man sich vielfach überhaupt nicht daran beteiligen, um so gegen die ganze Politik der Regierung zu protestieren und sich an den Ergebnissen des Reichstags nicht mitschuldig zu machen. Hermann Müller trat als Schriftleiter weder für noch gegen die Wahl auf; er nahm Zuschriften in jedem Sinne auf. Die Folge war eine sehr lässige Wahlbeteiligung seitens der Katholiken⁶. Die vierzehn Abgeordneten, die im Erfurter Rumpfparlament die großdeutsche Fahne hochhielten, waren sämtlich kirchliche Katholiken. Ihr Wortführer war August Reichensperger, der am 18. April 1850 noch einmal vor dem Bruch mit Österreich eindringlich warnte⁷.

Unter den Gründen, die die preußischen Katholiken zu ihrer Stellungnahme gegen die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage bestimmt haben, nehmen religiös-konfessionelle eine wichtige Stellung ein. Man befürchtete von einer

¹ Über H. Müller vgl. Bachem a. a. D. 221 ff. und M. v. Sager n unter dem Pseudonym M. Niederbach, Hermann Müller (Mainz 1878).

² In der am 13. April 1849 vollendeten Broschüre: Das deutsche Parlament und der König von Preußen (Frankfurt 1849) wendet er sich S. 34 ff. scharf gegen die in der preußischen Zirkulardepesche vom 3. April angedeutete Möglichkeit eines von Preußen geführten Sonderbundes.

³ Bachem a. a. D. 224.

⁴ Über ihn vgl. Schrörs, Ein vergessener Führer aus der Rheinischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts Joh. Wilh. Joseph Braun, 1801—1863 (Bonn 1925). Dort findet sich S. 504 ff. auch eine eingehende ausgezeichnete Würdigung des Politikers Braun.

⁵ J. W. J. Braun, Deutschland und die deutsche Nationalversammlung (Aachen 1849) 105 ff.

⁶ Vgl. Bachem a. a. D. 239 ff.

⁷ Vgl. Pastor, August Reichensperger I (Freiburg 1899) 324 ff.

weiteren Stärkung Preußens und dessen Loslösung von dem katholischen Österreich, eine Stärkung des Protestantismus und neue Vergewaltigungen der katholischen Kirche. Das Preußen Friedrich Wilhelms III. hatte in den neuerworbenen katholischen Gebieten des Staates keine moralische Eroberungen gemacht, sondern durch seine Protestantisierungsmethoden und die Gewalttat gegen den Erzbischof von Köln, August v. Droste Vischering dem herrschenden Mißtrauen gegen Preußen noch die konfessionelle Formung gegeben. Im selben Maße war die in den alten rheinisch-westfälischen Stiftslanden traditionelle Neigung zu Österreich neu erwacht und gewachsen.

Oft ist den Katholiken dieses Hineintragen religiös-konfessioneller Gedanken in — wie man sagte — rein politische Dinge verargt worden; damals schon von einem so treukatholischen Manne wie Radowig¹ und dann immer wieder, zuletzt noch von Frig Wigener, der in seinem Kettelerleben den Satz schrieb: „Das Nationalbewußtsein dieser katholischen Deutschen, so gewiß es weder der Aufrichtigkeit noch der Kraft entbehrte, blieb doch umschlossen von dem Kirchenbewußtsein. Nach katholischer Auffassung erhoben die kirchlichen Vorstellungen und Forderungen das Politische, nach der Meinung der andern belasteten sie es.“² Gewiß erstreckt sich das weltanschaulich Religiöse für den Katholiken auf einen weit größeren Bereich als für den Anhänger anderer Überzeugungen. Aber bei der Verfassungsfrage von 1848 handelte es sich zudem um Folgen, die mittelbar für das Wohl und Wehe der Kirche von vitaler Wichtigkeit waren und damit unmittelbar in die Sphäre des Religiösen hineingezogen wurden.

Übrigens waren für die Katholiken keineswegs, wie man immer wieder lesen kann, religiös-konfessionelle Momente allein ausschlaggebend. Ein Satz, mit dem Heinrich Schrörs Joh. Wilh. Joseph Braun als Politiker kennzeichnet, gilt auch mehr oder weniger von andern katholischen Vorkämpfern der großdeutschen Idee, in hohem Maße von Hermann Müller, sicher jedenfalls von August Reichensperger. „Was Braun auf die großdeutsche Seite trieb, war nicht so sehr das traditionelle Gefühl für Österreich . . ., waren auch nicht so sehr die katholischen Befürchtungen wegen eines protestantischen Kaiserhauses, obwohl diese und auch jenes mitgespielt haben; es waren vielmehr patriotische und politische Erwägungen.“ Mögen unter den politischen Gedankengängen dieser preußischen und katholischen Großdeutschen manche durch den Ablauf der Ereignisse als irrig sich erwiesen haben — wir, die wir die fertige Entwicklung übersehen, haben leichter urteilen —, daran ist nicht zu zweifeln, diese Männer waren geleitet von hoher Liebe zum Vaterlande und der Nation wenigstens ebenso sehr wie von idealen religiösen Motiven und brachten die größten Opfer für ihre aus doppelter Quelle fließende Überzeugung.

Unter den kirchlich gesinnten Katholiken Preußens gab es auch einzelne Verteidiger der kleindeutschen Lösung; an erster Stelle ist hier Radowig selbst zu nennen. Für ihn war es, wie er in seinen „Reden und Betrachtungen“ erzählt, ein schmerzliches und kaum begreifliches Erlebnis, daß preußische Katholiken sich gegen die Pläne, die doch ihrem engeren Vaterlande und ihrem König von

¹ Der Gedanke kehrt bei Radowig wiederholt wieder, z. B. Gesammelte Schriften II (Berlin 1852) 66 ff.; III (1853) 490 ff.

² Frig Wigener, Ketteler (München 1924) 73.

Vorteil waren, aussprechen konnten. Er sah darin geradezu einen Verstoß gegen die schuldige Treue¹. Daß „der katholischen Kirche Gefahr drohe, wenn der König von Preußen an die Spitze des Reiches träte“, bestritt er energisch. Von einer hohen Auffassung der Religion beseelt, wollte er das Religiöse so weit wie eben möglich aus dem Streit der Politik entfernt wissen; „die Kirche kann sich nie und nirgends mit einem politischen System zusammenketten, ohne an ihren höchsten Gütern Gefahr zu leiden“². Rigoros hatte er als Vorsitzender der Vereinigung der katholischen Abgeordneten in Frankfurt (1848) jede nach seiner Meinung bloß politische Angelegenheit herausgehalten. So trat er auch jetzt an die Frage der deutschen Einigung ganz ohne konfessionelle Rücksichten und Gemütseinstellung heran, ganz anders als die übrigen Katholiken. Bei seiner Entscheidung haben aber neben den sachlichen politischen Erwägungen auch sein Treueverhältnis zu Preußen und dessen König und wohl auch die Abneigung gegen Österreich, die ihm als Sprößling aus ungarischem Blute eignete, mitgewirkt. Der Kampf für das Unionsprojekt war für ihn, da er im Auftrag seines Königs handelte, eine Sache von Pflicht und Gewissen.

Diese Auffassung, durch den Gehorsam gegen die rechtmäßige Autorität gebunden zu sein, kehrt auch bei andern Katholiken als letzter entscheidender Grund gegen das Großdeutschtum wieder. Dem Beschluß der Nationalversammlung gegenüber mochte man sich frei fühlen; das hörte aber auf, nachdem der Landesherr sich für ähnliche Ziele entschieden hatte. In ihrer patriarchalischen Einstellung gegenüber dem König verkannten sie das Recht der Kritik seitens der öffentlichen Meinung und überspannten sie die Gehorsamspflicht des Untertanen; übersahen wohl auch, daß sich starke Gründe gegen die Rechtmäßigkeit der von der Regierung eingeschlagenen Politik erheben ließen.

Kurz und bündig sprach der Graf v. Fürstenberg-Stammheim in einem recht entschieden gehaltenen Brief an die „Deutsche Volkshalle“, vom 25. November 1849, seine Unzufriedenheit mit dem Kampfe des Blattes gegen die Regierungspolitik aus. Die Zeitung, wie sie von Herm. Müller redigiert wurde, bot aber auch Angriffsflächen. In der innern Politik stand sie auf strengstem Autoritätsstandpunkt und überbot sich in Betonung der Regierungsrechte; um so schärfer hob sich davon die manchmal schonungslose Kritik der äußern Politik der Regierung ab. Graf Fürstenberg äußerte ganz im Geiste Radowizens schwere Bedenken gegen das Hineinziehen der katholischen Kirche in die staatlichen Fragen, und fuhr dann fort: „Ich kann unmöglich glauben, daß dieser Kirche gedient werde, wenn die Angehörigen eines bestimmten Staates durch Nährung und Steigerung konfessioneller Antipathien der von ihrer Landesregierung befolgten Politik und dadurch einer andern Regierung gegen die eigene beistehen; ich kann ebensowenig glauben, daß dieser Beistand mit den Pflichten der von der Kirche anbefohlenen Treue und des Gehorsams gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit zu vereinigen bleibt. . . .“³

Eine ganz eigenartige Kampfschrift gegen die großdeutschen Katholiken Preußens schrieb gegen Ende 1849 N. G. C. Rintel, Rat der Geheimen Kanzlei des Fürstbischofs von Breslau, wie er wohl nicht ohne Absicht sich auf dem

¹ Gesammelte Schriften II 68 f.

² Ebd. V 249.

³ Bachem a. a. D. 233 f.

Titelblatt bezeichnete¹. Zur Zeit der Kölner Wirren war der Verfasser mannhaft für den bedrängten Kölner Erzbischof Clemens August eingetreten. Außenpolitisch war seine Stellung etwa in der Mitte zwischen den preußischen Altkonservativen und der Radowizpartei. Er stemmt sich heftig gegen ein Aufgehen Preußens in einem größeren Deutschland, und lehnt auch einen Bund mit den süddeutschen Mittelstaaten ab, erklärt sich aber für einen norddeutschen Bund und das Dreikönigsbündnis. Mit dem ganzen Rüstzeug kirchen- und staatsrechtlichen Wissens, mit Moralthologie und Geschichte kämpft er gegen die Haltung der westdeutschen Katholiken, und versteht es nicht schlecht, seine Weise geschickt aufzumachen und zu gruppieren.

Im ersten grundsätzlichen Teil seiner Schrift kommt er zu dem Ergebnis: „Die Katholiken dürfen einer staatsrechtlichen Verbindung Preußens mit den übrigen deutschen Staaten unter Benachteiligung der Selbständigkeit und der Größe Preußens nicht das Wort reden“ — wohlverstanden aus Gewissensgründen².

Der zweite Teil ist auch heute noch von historischem Wert. Radowiz hat ihn übrigens zur Rechtfertigung seiner Politik auch benützt³. Hier untersucht Rintel unter Zugrundelegung der Abstimmungen in Frankfurt, wo in Deutschland die wesentlichen Interessen der katholischen Kirche, ihre Unabhängigkeit, ihr Eigentumsrecht und ihr Einfluß auf die Schule am besten gewahrt bleiben, und kommt zu dem Ergebnis, daß die Stimmabgabe der norddeutschen Abgeordneten wesentlich günstiger für die Kirche ausfiel als die der süddeutschen und der österreichischen Volksvertreter. Er schließt daraus, daß nach der „Landesstimmung“ „weit eher eine ungünstige als eine günstige Wirkung für katholische Interessen von einer staatsrechtlichen Verbindung Preußens mit dem übrigen Deutschland zu erwarten sei“.

Sehr scharf nahmen die „Historisch-Politischen Blätter“ gegen Rintel Stellung⁴. An die Spitze setzten sie die Erklärung, daß der Breslauer Fürstbischof dieser Schrift völlig fernstehe und sie mißbillige, zeigten dann an einer Reihe von Tatsachen, wie bis zum März 1848 Preußen sich als protestantischer Staat gefühlt habe, und legten schließlich die Schwächen der grundsätzlichen Beweisführung und des durchaus unzureichenden Schlusses aus den Abstimmungen der Frankfurter Nationalversammlung auf die religiöse Stimmung der Länder bloß. Ihre Darlegungen klangen aus in eine Mahnung an die preußischen Katholiken, der gerechten großdeutschen Sache und deren Vorkämpferin, der „Deutschen Volkshalle“, treu zu bleiben.

Auch der berühmte Konvertit Rudolf v. Beckedorff, eine der edelsten Gestalten des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert⁵, trat für Preußen gegen die Großdeutschen in die Schranken. Im Gegensatz zu Rintel wollte

¹ Die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen (Breslau 1849); das Vorwort ist vom 29. September datiert.

² Ebd. 67.

³ Gesammelte Schriften II 75.

⁴ In dem Artikel: „Die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen 1849“ XXIV 752—783.

⁵ Von seinem Leben besitzen wir leider noch keine Beschreibung. Einiges bietet Rosenthal, Konvertitenbilder I (1. Abteilg.) 466—475. Ergänzungen im Supplement zum Band I (Regensburg 1902) 191. Die Geschichte seiner Konversion im Berliner Bonifatiuskalender 1885.

er aber Preußens Vorherrschaft nicht auf den deutschen Norden beschränkt wissen.

Beckedorff war 1827 unter Sailers Führung zur katholischen Kirche übertreten und dafür aus dem preußischen Staatsdienst, wo er in leitender Stellung beim Kultusministerium gewirkt hatte, entlassen worden. Die unfreiwillige Muße benützte er zur Abfassung seiner bald weitverbreiteten irenischen Schrift: „An gottesfürchtige Protestanten, Worte des Friedens“, einer ausgezeichneten Apologie der katholischen Lehre¹. Friedrich Wilhelm IV. machte nach seiner Thronbesteigung 1840 dem Unrecht, das dem ausgezeichneten Manne widerfahren war, ein Ende und stellte ihn an die Spitze des neugegründeten Landesökonomiekollegiums. Hier leistete Beckedorff ebenso Treffliches wie einst im Dienste des preußischen Schulwesens. 1849 wurde Beckedorff von Münster als Abgeordneter in den zweiten preußischen Landtag gewählt.

Schon damals trat er in einer Ansprache an seine Wähler für die kleindeutsche Lösung der deutschen Einheitsfrage auf. Die „Historisch-Politischen Blätter“² und die „Rheinische Volkshalle“ bekämpften seine Schrift und lehnten namentlich den Gedanken, daß ein protestantisches Kaisertum der Wiedervereinigung der Konfessionen dienen könne, als allzu optimistisch ab. Aus dieser Kritik allein ist jedoch der Inhalt der Schrift nicht zu erschließen.

Im Nachlaß Beckedorffs fand sich handschriftlich ein wahrscheinlich noch ungedrucktes Werkchen: „Deutschland und seine Widersacher. Laute Gedanken eines katholischen Christen“³. Es ist eine etwa um die Mitte des Jahres 1849 geschriebene, eingehend begründete Mahnung an alle außerösterreichischen Deutschen, ihren Widerstand gegen das preußische Unionsprojekt aufzugeben. Anlaß zu der Schrift war die Rede von der Pfordtens, vom 4. Juni 1849, deren sachliche Schwächen eingangs aufgedeckt werden; vermutlich sollte das Büchlein auch die Antwort geben auf die großdeutschen Angriffe gegen die Ansprache an seine Wähler. Wie es der vornehmen, irenischen Persönlichkeit Beckedorffs aber ganz entspricht, enthält die Schrift keine Namen und Angriffe. Ruhig, sachlich und doch sehr eindringlich mahnt der Verfasser zur Sammlung aller Guten. Mit offenem Auge sieht und bejaht er die Schäden der Vergangenheit. Die Revolution sei zwar zurückgeschlagen, aber nicht überwunden. Die Verbitterung beim Volke und die Tätigkeit der Umsturzpartei seien geblieben. Die Vaterlandsfreunde dürften dem Feinde nicht durch ihren Streit in die Hände arbeiten und sollten auf keinen Fall ihrer Wühlarbeit dadurch den besten Stoff liefern, daß sie die große Sehnsucht der Nation, die Einigung Deutschlands, wieder zum Scheitern brächten. Einmal werde sie kommen; wehe, wenn der Umsturz sie bringen müsse. Als Kristallisationspunkt für die deutsche Einigung komme nur noch Preußen in Frage, das sich auch in

¹ Weissenburg 1840, weitere Auflagen unter dem Titel: Die katholische Wahrheit. Worte des Friedens. Regensburg 1844 u. 1852.

² 1849, Bd. XXIII, 644—650; ebenda ist auch die Erwiderung der „Volkshalle“ abgedruckt.

³ Der Güte des Urenkels Ludolfs v. Beckedorff, des Herrn Rittmeisters a. D. v. Beckedorff, verdankt der Verfasser die Einsicht in das Manuskript, das in zwei Abschriften, darunter einer von der Hand des Sohnes, des späteren Generalleutnants Frig v. Beckedorff, vorliegt. Die Arbeit selbst ist aber ohne Zweifel ein Werk Ludolfs v. Beckedorff.

den eben verlebten Sturmtagen als der starke Hort Deutschlands erwiesen habe. Oesterreich habe sich durch die neue Einheitsverfassung für die ganze Monarchie von der Vereinigung mit Deutschland selbst ausgeschaltet. Der ganze vielgestaltige Komplex österreichischer Länder könne mit Deutschland, das zu größerer Freiheit herangereift sei, keine gemeinsame Verfassung mehr haben; jenes bedürfe noch notwendig patriarchalisch-absoluter Leitung. Oesterreich strebe sodann danach, in seinem neubegründeten Einheitsstaat die Kultur der zurückgebliebenen Staatsteile zu heben; damit sei gegeben, daß der Einheitsstaat slawisiert werde. So habe Oesterreich 1849 die Frage der Führung Deutschlands selbst zu Gunsten Preußens entschieden. Als Gründe, warum die deutschen Mittel- und Kleinstaaten noch zögerten, dem Dreikönigsbund beizutreten, nennt Beckedorff dynastische Selbstsucht, mißverständener Eifer für die katholische Sache, Antipathie gegen das so schnell aufgestiegene Haus Brandenburg und dann vor allem das Hegen einer Umsturzpartei, die allen Grund habe vor einem durch Preußen starken Bunde zurückzuschrecken.

Beckedorff macht keinen Hehl daraus, daß ihm an der mit 1848 angebrochenen Wendung der Dinge und auch an der politischen Entwicklung, die zum kleinen Deutschland geführt habe, nicht alles gefalle. Aber jetzt helfe es nichts zu klagen und aufs Alte zurückzudenken. Jetzt heiße es, „seine individuellen Ansichten zum Opfer zu bringen“. Mit erschütterndem Ernst, in banger Vorahnung mahnt der greise Verfasser die deutschen Regierungen, „ihre zurückhaltende separatistische Stellung“ aufzugeben. Aus der eben vergangenen Revolution, die nur mit preußischer Hilfe habe niedergeschlagen werden können, sollten sie lernen, daß nur Einigkeit sie stark mache. Im Interesse des ganzen Volkes müßten die Teile zu verzichten lernen.

Beckedorff berührte damit wohl den größten Schaden Deutschlands in dieser Zeit; in beiden Heerlagern, in denen das deutsche Volk sich jetzt gegenüberstand, hatte er sich eingenistet. An dem Mangel an Gemeinssinn der Regierungen und Dynastien scheiterte letztlich die vom Volke so groß begonnene deutsche Einigung des Jahres 1848. Und darum mußte schließlich ein stärkerer kommen, der mit Blut und Eisen zusammenzufügen unternahm, was sich freiwillig nicht schicken wollte. Aber auch er konnte nicht mehr ganz wieder gutmachen, was zwei Jahrzehnte vorher versäumt worden war.

Joseph Grisar S. J.